



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Stellungnahme

Des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Zur Aktualisierung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2018

Berlin, 26. Juni 2018

I. Allgemeines

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund begrüßt die umfassende Aktualisierung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) und die Konsultation relevanter gesellschaftlicher Akteure, insbesondere der kommunalen Ebene, zu diesem Zwecke.

Die in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und in der Agenda 2030 festgelegten Ziele können nur zusammen mit den Kommunen erreicht werden. Alle 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Agenda 2030 haben eine kommunale Relevanz und große Schnittmengen mit kommunalen Aufgaben. Ob bei der nachhaltigen Stadtentwicklung, kommunalen Klimaschutzmaßnahmen, sozialer Inklusion in der Kommune, Bildungsangeboten oder nationalen und internationalen kommunalen Partnerschaften – den Kommunen kommt bei der Erreichung der ambitionierten Ziele der DNS und Agenda 2030 eine zentrale Rolle zu. Aus diesem Grund ist die Beteiligung der kommunalen Ebene bei der Konzeption und Fortentwicklung unerlässlich.

Der Erfolg bei der Bewältigung zentraler Herausforderungen des 21. Jahrhunderts entscheidet sich in den Städten und Gemeinden. Die zunehmende Urbanisierung, Klima- und Umweltschutzmaßnahmen und die Transformation bis hin zur digitalen Gesellschaft werden maßgeblich von den Kommunen gestaltet. Viele Kommunen gehen in diesen Bereichen seit Jahren voran und entwickeln und setzen innovative Konzepte um, die zu der nachhaltigen Entwicklung Deutschlands beitragen. Dabei zeigt sich im Besonderen, dass der ganzheitliche Ansatz der Agenda 2030, bestehend aus ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit, in den Kommunen zu Hause ist. Die Interdependenz dieser drei Säulen ist in den Kommunen direkt sicht- und erfahrbar. So basiert beispielsweise die Quartiersentwicklung auf Faktoren wie soziale Inklusion, Zugang zu Naherholungsgebieten und ökonomische Opportunitäten.

Die Leistungen und das Engagement der Kommunen sind wesentliche Grundlage für den Erhalt und die Steigerung der Lebensqualität nach Nachhaltigkeitskriterien und Voraussetzung für eine leistungsfähige, moderne sowie umweltgerechte, sozial orientierte und allem voran nachhaltige Gesellschaft.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund vertritt ca. 11.000 Kommunen in Deutschland und setzt sich dafür ein, das umfangreiche Engagement der Städte und Gemeinden bei der Umsetzung der DNS und Agenda 2030 weiter zu fördern und zu stärken.

II. Grundsätzliche Anmerkungen zur Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland

1. Förderung und Unterstützung des Engagements für Nachhaltigkeit in Deutschland

Die Ziele der DNS und der Agenda 2030 können nur zusammen mit den Kommunen erreicht werden. Um das volle Potential der kommunalen Umsetzung von DNS und Agenda 2030 frei zu setzen, braucht es strukturierte und umfangreiche Unterstützungs- und Förderangebote der Länder. Die jetzt schon vorhandenen Förderprogramme des Bundes und der Länder begrüßen wir aus diesem Grund ausdrücklich. Damit die Ziele der Agenda 2030 jedoch bis zum Jahr 2030 vollumfänglich erreicht werden können, ist hier ein Ausbau der Förderangebote und eine Aufstockung der zur Verfügung gestellten Mittel wünschenswert.

Elementar für die ganzheitliche Umsetzung der DNS und der Agenda 2030 ist jedoch eine Vereinfachung des Zugangs zu den erwähnten Förderangeboten des Bundes und der Länder nötig. Da gerade die Agenda 2030 zu diesem Zeitpunkt noch kein selbstsuffizientes Maß an Bekanntheit erreicht hat, muss für Kommunen eine zentrale Anlauf- und Kompetenzstelle eingerichtet werden, die sowohl als Informationsstelle als auch als Wegweiser zu den vorhandenen Fördermaßnahmen dienen kann. Im Grunde muss den Kommunen ermöglicht werden, mit dem Wunsch eines oder mehrere SDGs umzusetzen zu wollen auf diese Stelle zuzugehen und mit geringem und unbürokratischem Aufwand einen Verweis auf und eine Beschreibung der infrage kommenden Förderprogramme der Bundesministerien und des jeweiligen Landes zu erhalten.

Als Blaupause für ein solches Angebot können beispielsweise die Projekte Stadtgrün, die Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums, das Serviceangebot der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und die Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung dienen.

Zusätzlich zu der enormen Erleichterung für die Kommune auf dem Weg vom Wunsch der Umsetzung der DNS oder Agenda 2030, würde es eine solche Stelle ermöglichen, die Interdependenzen, Konfliktlinien und mögliche Synergien bei der Umsetzung der Agenda 2030 direkt aufzuzeigen. Dies würde einer tiefgehenden Auseinandersetzung mit der Komplexität der Nachhaltigkeit, ganzheitliche Ansätze und der Entwicklung von Lösungen für Zielkonflikte der SDGs zugutekommen. Damit kann der Relevanz aller 17 SDGs auf kommunaler Ebene umfänglicher Rechnung getragen werden.

2. Die elementare Rolle der Bürgerinnen und Bürger fördern und stärken

Neben den Kommunen nehmen die Bürgerinnen und Bürger eine essentielle Rolle für die Erreichung der DNS und Agenda 2030 ein. Bei der Abfallvermeidung, dem nachhaltigen Konsum und dem Sparen von Energie und Ressourcen kann ein für die Umsetzung der ambitionierten Ziele kritischer Punkt nur erreicht werden, wenn Bürgerinnen und Bürger sich eigenständig dafür einsetzen.

Die Bekanntheit der Agenda 2030 und ihrer SDGs in der deutschen Bevölkerung ist mangelhaft. Während der Begriff der Nachhaltigkeit große Unterstützung findet und geläufig ist, sind die globalen Ziele weitgehend unbekannt. Hier müssen dringend Maßnahmen getroffen werden, die weitreichend genug sind, dass sie ein positiv konnotiertes Focusing Event herbeiführen können.

Den Kommunen kommt bei der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern eine zentrale Rolle zu. Als politische Ebene, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten steht, fungieren Kommunen

als erster Ansprechpartner für ihre Bürgerinnen und Bürger. Zudem haben Kommunen die Möglichkeit, durch Aktionen vor Ort die globalen Entwicklungsziele zu lokalen Realitäten zu formen.

3. Ausbau des statistischen Unterbaus

Um die im Rahmen der DNS und Agenda 2030 definierten Ziele zu erreichen, sind Indikatoren zur Überprüfung der Wirksamkeit ergriffener Maßnahmen notwendig. Die Erstellung und Nutzung solcher Indikatoren ist in zentralen Bereichen, wie dem Umweltschutz (SDGs 13, 14, 15) aufgrund fehlender oder lückenhafter statistischer Abdeckung nur eingeschränkt möglich. Darüber hinaus besteht auch in anderen Bereichen Handlungsbedarf, insbesondere solchen, in denen Deutschland in seinen Nachhaltigkeitsbemühungen noch „Off Track“ ist und die bislang nur eingeschränkt mit Indikatoren abgedeckt werden können. Gerade in diesen Bereichen ist es deshalb notwendig, Konzepte zur Erhebung relevanter Daten zu erarbeiten und beschleunigt umzusetzen. Dabei ist es nötig, dass die Daten und Indikatoren eine Aussagekraft für die kommunale Ebene beinhalten. So können die Daten in die von den drei kommunalen Spitzenverbänden, der Bertelsmann Stiftung, dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) entwickelten „SDG-Indikatoren für Kommunen“ Eingang finden.

4. Einbindung von Kommunalvertretern in Entscheidungs- und Beratungsprozesse auf allen Ebenen

Da die DNS und Agenda 2030 nur gemeinsam mit den Kommunen umgesetzt werden kann und auch die Kommunikation und Bewerbung der DNS und Agenda 2030 mit und bei den Bürgerinnen und Bürgern maßgeblich von den Kommunen gestaltet wird, ist es unabdingbar, dass Vertreter der Kommunen in Entscheidungs- und Beratungsprozessen auf Bundes- und Landesebene gleichberechtigt eingebunden werden. Nur durch die Einbindung der kommunalen Ebene in diese Prozesse kann gewährleistet werden, dass die konzipierten und ergriffenen Maßnahmen in den Kommunen auf fruchtbaren Boden fallen.

Für die Umsetzung der DNS und Agenda 2030 auf der kommunalen Ebene müssen die Programme des Bundes und der Länder in Zusammenarbeit mit den Kommunen optimiert werden. Eine Anregung in diese Richtung wurde oben mit der Einrichtung einer zentralen Anlauf- und Kompetenzstelle dargelegt.

5. Einrichtung einer Anerkennung von besonders nachhaltigen Kommunen analog zu den Fairtrade-Towns

Die Kampagne „Fairtrade-Towns“ läuft in Deutschland überaus erfolgreich. Kommunen können, durch die Erfüllung festgelegter Kriterien, den Titel „Fairtrade-Town“ erhalten. Deutschland ist im internationalen Vergleich bei der „Fairtrade-Towns Kampagne“ hinter dem Vereinigten Königreich weltweit führend.

Eine „Nachhaltige-Stadt Kampagne“, die sich an der „Fairtrade-Towns Kampagne“ orientiert und den Kommunen, die festgelegte Kriterien aus der DNS und Agenda 2030 erfüllen, hat gute Chancen in Deutschland erfolgreich zu sein. So würden die Städte und Gemeinden motiviert, sich für die

Umsetzung der DNS und Agenda 2030 einzusetzen, da sie eine öffentlichkeitswirksame Auszeichnung erhalten und diese dementsprechend für Stadtmarketingzwecke nutzen können.

III. Fazit

Die Ziele der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und der Agenda 2030 können nur erreicht werden, wenn alle Akteure, die sich in Deutschland mit deren Umsetzung befassen effektiv zusammenarbeiten. Die Kommunen nehmen in diesem gesamtdeutschen Kontext eine zentrale Rolle ein – sowohl als bürgernächste politische Ebene, als auch als direkte Umsetzungsebene. Die damit verbundenen finanziellen und personellen Herausforderungen können Städte und Gemeinden nur in Zusammenarbeit und mit Unterstützung von allen weiteren Akteuren in der Politik, Europäische Union, Bund und Länder, bewältigen.